

Vorlage Nr. 101.19.397

28. Februar 2022  
1 von 2**Mehr braucht mehr – Solidarität mit dem Streik im Sozial- und Erziehungsdienst****Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung unterstützt bei den anstehenden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst die Forderungen der Beschäftigten, vertreten durch die Gewerkschaft ver.di und GEW. Sie fordert den Magistrat auf, in seiner Funktion als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband und über den hessischen Städtetag deutlich zu machen, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine finanzielle Anerkennung für die Sozial- und Erziehungsberufe im Interesse der Kommunen ist.

**Begründung:**

Soziale Dienstleistungen sind unerlässlich für unser Leben. Es kann nicht sein, dass überall dort, wo es um die Erziehung von Kindern, um Soziale Arbeit oder die Pflege von alten und kranken Menschen geht, die Arbeitsbedingungen schlecht und die Einkommen gering sind. Es muss ein Ende haben, dass berufsbedingte Stresskrankheiten im Sozial- und Erziehungsbereich überdurchschnittlich oft auftreten. Frauen sind überdurchschnittlich von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Dass die Arbeit im Sozial- und Erziehungsbereich besser gewürdigt wird und Existenz sichernde Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren, ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern im Interesse unzähliger Menschen, die auf deren Arbeit angewiesen sind.

Die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst wurden im März 2020 coronabedingt unterbrochen. Am 25. Februar 2022 nahmen die Tarifparteien die Gespräche wieder auf. Die Beschäftigten fordern bei den anstehenden Tarifverhandlungen eine Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen, eine finanzielle Aufwertung der Arbeit und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.

Nicht erst seit Corona ist die sogenannte Systemrelevanz der Sozial- und Erziehungsberufe bekannt. Gleichzeitig herrscht ein großer Mangel an Fachkräften, beispielsweise in den städtischen Kitas. Viele Angebote können kaum aufrechterhalten, geschweige denn ausgebaut werden. Ergänzend zu den vielen schon laufenden Maßnahmen zur Unterstützung und zum Erhalt der Fachkräfte in den städtischen Einrichtungen ist es notwendig, Fachkräfte im Sozial- und Erziehungsdienst besser zu bezahlen.

Die Stadt Kassel hat als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband die Möglichkeit die Forderungen der Beschäftigten zu unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag zu leisten zur Gewinnung und zum Erhalt von Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Violetta Bock

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
DIE LINKE

gez. Violetta Bock  
Fraktionsvorsitzende